

**A**nfang der 1990er Jahre prägte Samuel P. Huntington, damals Berater des US-Außenministeriums, die Formel vom Kampf der Kulturen. Ihr liegt die These zugrunde, dass die Dynamik der heutigen internationalen Beziehungen nicht auf wirtschaftlichen, politischen oder ideologischen Gegensätzen beruht, sondern von der Auseinandersetzung zwischen Kulturen, insbesondere zwischen Christentum und Islam bestimmt wird. Folgerichtig werteten viele die Anschläge vom 11. September 2001 nicht nur als Beleg für die Existenz einer Konfrontation mit dem Islam sondern für deren dramatische Verschärfung. Aktuelle Meinungsumfragen zeigen, dass in vielen Ländern des christlichen Westens große Teile der Bevölkerung überzeugt sind, es gebe einen schwerwiegenden Konflikt zwischen »dem« christlichen Westen und »der« islamischen Welt.

Die Gleichsetzung der muslimischen Welt mit den extremistischen Varianten des islamischen Fundamentalismus führt zu Frontenbildungen und Polarisierungen, die unnötig und gefährlich sind. In der vorliegenden Ausgabe von INTERNATIONALE POLITIK UND GESELLSCHAFT plädiert Amitai Etzioni dafür, den moderaten Islam nicht zurückzustoßen, sondern zu versuchen, ihn als Partner für eine Friedensallianz zu gewinnen. Auch wenn dessen Menschenrechts- und Demokratieverständnis mit dem des christlichen Westens nicht in allen Punkten übereinstimmt, gibt es in einem wesentlichen Punkt Konsens: Die moderaten Muslime, die weltweit in der Mehrheit sind, lehnen Gewalt, Intoleranz und Terrorismus ebenso ab wie die gemäßigte Mehrheit des Westens. Besonders umstritten ist zwischen Kulturkampffpropagandisten und Pragmatikern die Haltung gegenüber der gemäßigt islamischen Regierung der Türkei. Etzioni warnt vor dem Irrtum, in der Auseinandersetzung zwischen dem laizistischen Lager und der AKP-Regierung das Bekenntnis zum laizistischen Staat höher zu bewerten als das Bekenntnis zur Demokratie, denn der Laizismus der nicht-religiösen Parteien und der Armee hat unübersehbar autoritäre Züge, und dies nicht nur in der Türkei.

Der Konflikt zwischen der laizistischen Opposition und der moderat-islamischen Regierung prägt auch ein zentrales Feld der türkischen Außenpolitik, die Irakpolitik – genauer: die Politik gegenüber dem kurdischen Nordirak – mit der sich Leyla von Mende in ihrem Beitrag auseinandersetzt. Zum einen steht die Regierung unter dem Druck der antikurdischen Hardliner in der laizistischen Opposition und im Militär, die auf eine Politik der harten Hand einschließlich des Einsatzes militärischer Mittel drängen. Zum anderen wird sie in ihrer pragmatischen Kurdenpolitik und in ihrer Dialogorientierung gegenüber dem Nordirak von Wirtschaftskreisen unterstützt, die dort ihr lukratives Engagement ausbauen möchten. Zusätzlich kompliziert wird die Konstellation durch Divergenzen mit den USA und der irakischen Regierung. Deshalb gerät die türkische Irakpolitik zum Balanceakt, bei dem die Regierung bisweilen das Gleichgewicht verliert, so wie im Februar, als die türkische Armee für acht Tage in die nordirakischen Rückzugsgebiete der Kurdischen Arbeiterpartei PKK einrückte. Es gibt allerdings Anlass zur Hoffnung, dass solche radikalen Maßnahmen in Zukunft bereits im Vorfeld verhindert werden. Die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Türkei und dem Nordirak haben, wie man der Bestandsaufnahme in Fahri Türks Beitrag entnehmen kann, eine Intensität erreicht, die bald von keinem politischen Akteur mehr ignoriert werden kann.

Nicht nur die Außenpolitik der Türkei sondern auch die Russlands wird leicht missdeutet, wenn man nicht auch die innenpolitischen Entwicklungen und Konstellationen in den Blick nimmt. Peter W. Schulze zeichnet nach, wie in den beiden Amtsperioden Putins die Voraussetzungen für eine interessengeleitete Außenpolitik geschaffen wurden. Fazit: Der russische Staat hat seine Handlungsfähigkeit wiedererlangt, das politische System ist konsolidiert, und die politische Führung kann auf eine hohe Akzeptanz der Bevölkerung bauen. Damit ist die postsowjetische Ära, in der Russland ein Spielball westlicher Politik war, definitiv vorbei. Die neue Machtelite strebt nach Anerkennung als internationale Großmacht, und möchte gleichberechtigt mit den USA und Europa die neue Weltordnung gestalten.

Über die Entwicklungen in Russland kann man in Europa nicht hinwegsehen, denn sie betreffen uns unmittelbar. Über Kambodscha indes wird üblicherweise hinweggesehen. Kaum jemand interessiert sich für das Land, wo die Roten Khmer zwischen 1975 und 1979 fast ein Viertel der Bevölkerung umbrachten – die alten Eliten, ganze Berufsgruppen sowie ethnische und religiöse Minderheiten – und den Rest der Bevölke-

rung zu Fronarbeit auf dem Lande zwingen. Kambodscha war damals Schauplatz eines Politizids, eines Klassizids und eines Ethnozids. Einige Autoren sprechen von einem Genozid an der eigenen Bevölkerung. Erst jetzt, nach 30 Jahren, beginnt die strafrechtliche Aufarbeitung dieser Staatsverbrechen. Warum dies erst jetzt geschieht, erläutert Thomas Hummitzsch, und er zeigt, warum die kambodschanischen Tribunale, die mehrheitlich mit nationalen und mit einigen internationalen Richtern besetzt sind, im Kontext der internationalen Strafgerichtsbarkeit eine Neuerung darstellen.

Weitere Themen: Jeffrey Laurenti setzt sich kritisch mit den US-Plänen für einen Bund der Demokratien auseinander. Ditmar Staffelt skizziert die Grundlinien der deutschen Energieaußenpolitik. Die Gründe für den Ölpreisschock und die Kontroversen über seine Deutung analysiert Dietmar Dirmoser. Patrick Berg zeigt, dass die Konflikte im Krisendreieck Sudan, Tschad und Zentralafrikanische Republik mittlerweile eng verflochten sind und dass Lösungschancen nur bestehen, wenn man in allen drei Ländern gleichzeitig ansetzt.

**A**t the beginning of the 1990s Samuel P. Huntington, then advisor to the US Department of State, coined the phrase »clash of civilizations.« His thesis was grounded on the notion that the dynamics of international relations did not derive from economic, political, or ideological differences, but from the conflict of cultures, in particular Christianity and Islam. As a consequence, many considered the attacks of September 11, 2001 as evidence not only of a confrontation with Islam but that it had dramatically intensified. Contemporary opinion polls show that in many countries in the Christian West large parts of the population are convinced that there is a profound conflict between the »Christian West« and the »Islamic world.«

The identification of the Muslim world with extremist variants of Islamic fundamentalism leads to entrenchment and polarization, which are both unnecessary and dangerous. In this issue of *INTERNATIONAL POLITICS AND SOCIETY* Amitai Etzioni recommends that, instead of rejecting moderate Islam, we attempt to engage it as a partner in an alliance for peace. Even if its notions of human rights and democracy do not coincide with those of the Christian West on all points there is consensus on one essential issue: moderate Muslims, who constitute the majority worldwide, reject violence, intolerance, and terrorism every bit as much as the moderate majority in the West. In particular, advocates of the clash of civilizations and pragmatists cannot agree on what stance to adopt in relation to the moderate Islamic regime in Turkey. Etzioni warns against valuing commitment to a secular state more highly than commitment to democracy in the conflict between the secular opposition and the AKP government, because the secularism of the non-religious parties and the army has unmistakable authoritarian features – and not only in Turkey.

The conflict between the secular opposition and the moderate Islamist government also characterizes a central area of Turkish foreign policy, its policy towards Iraq – more precisely, its policy towards Kurdish Northern Iraq – which is taken up by Leyla von Mende in her contribution. On the one hand, the government is under pressure from anti-Kurdish hardliners in the secular opposition and the military who are urging a get-tough policy, including military intervention. On the other hand, the government is supported in its pragmatic policy towards the Kurds and its inclination towards dialog with Northern Iraq by the business sphere, which would like to expand its lucrative activities there. The situation is further complicated by differences with the USA and the Iraqi government. Turkish policy towards Iraq has therefore become a balanc-

ing act in which the government sometimes loses its balance, for example in February when the Turkish army entered the Northern Iraqi retreat of the Kurdish workers' party the PKK. However, there is reason for hope that in future such radical measures will be nipped in the bud. As Fahri Türk's contribution shows, economic ties between Turkey and Northern Iraq have reached such a level that soon no political actor will be able to ignore them.

It is not only Turkish foreign policy that can be misinterpreted if one fails to take account of domestic policy developments and situations. Peter W. Schulze depicts how in Russia the conditions for an interest-led foreign policy were laid down during Putin's two periods of office. As a result, the state has regained its power to act, the political system has been consolidated, and the political leadership can rely on considerable popular support. The post-Soviet era, in which Russia was the plaything of Western policy, is emphatically at an end. The new power elite seeks international recognition as a great power and desires to shape the new world order on equal terms with the USA and Europe.

Developments in Russia cannot be ignored in Europe because they concern us directly. Cambodia is an altogether different story. There is almost no interest in the country in which between 1975 and 1979 the Khmer Rouge killed almost a quarter of the population – the old elites and whole occupational groups, as well as ethnic and religious minorities – and compelled the rest of the population into forced labor in the countryside. Cambodia was the scene of political, class, and ethnic »genocide.« According to some, this amounted to genocide against the country's own population. Only now, after 30 years, are criminal proceedings finally getting under way. Thomas Hummitzsch explains why this has taken so long and also why the Cambodian tribunal, which comprises a majority of national and some international judges, represents an innovation in the context of international criminal jurisdiction.

Also in this issue: Jeffrey Laurenti criticizes US plans for a League of Democracies. Ditmar Staffelt outlines Germany's energy foreign policy. Dietmar Dirmoser analyzes the reasons for the oil price shock and its contested interpretation. Patrick Berg shows that the conflicts in the Sudan, Chad, and Central African Republic tri-border area have become closely interwoven and that no solution that fails to take all three countries into account has any chance of success.

